

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT-

Anrede,

das Jahr 2016 hat uns mit einigen nicht ganz einfachen Fragen zurückgelassen.

In Europa feiern Nationalisten wieder Wahlsiege, die Briten haben sich gleich ganz gegen die EU entschieden, im Weißen Haus sitzt ein Oligarch, dessen wichtigster Berater ein namhafter Faschist ist. Und wenn auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin 12 Menschen grausam sterben steigen perfider Weise die Umfragewerte der Rechtspopulisten gleich um 2 ganze Prozentpunkte.

Und trotzdem sollte eine politische Neujahrsrede nicht derart auf die Stimmung zu drücken, dass mein Nachredner sie mühsam wieder aufbauen muss.

Stattdessen gilt es umso mehr mit Mut und guter Hoffnung in das neue Jahr zu starten. Und es gibt einige gute Gründe dafür, die ich heute ganz bewusst nach vorne stellen will.

Wer wie ich im letzten Jahr ab und zu im Ausland unterwegs war und so die Gelegenheit hatte, den Blick auf unser Land von außen zu teilen, hat Erstaunliches feststellen können.

Da reden doch einige mit einer ganz neuen Bewunderung von Deutschland:

Von einem Land, in dem die Menschen mit einer ausdauernden Hilfsbereitschaft und Solidarität Kriegsflüchtlinge aufnehmen, unterstützen und integrieren.

Diese Mitbürgerinnen und Mitbürger haben in Anbetracht der grausamen Bilder aus Syrien nicht resigniert, sondern haben ihre Freizeit geopfert und sind emotionale Risiken eingegangen, um anderen zu helfen und ein Zeichen zu setzen.

Ein Zeichen der Mitmenschlichkeit, das so dringend nötig ist in dieser Zeit.

Sie setzen darüber hinaus auch ein Zeichen für eine offene demokratische Zivilgesellschaft, die sich so schnell nicht unterkriegen lässt.

Eine Zivilgesellschaft, in der Mitgefühl und Solidarität gelebt wird und in der wir deshalb auch gerne leben wollen.

Die Mehrheit ist diesem Land sind eben nicht diejenigen, die am lautesten rumschreien und Hass und Menschenverachtung verbreiten.

Es sind u.a. die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die sich still und leise, aber verlässlich und nachhaltig für Ihre Mitmenschen einsetzen.

Nicht nur im September 2015 als die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof Geschichte schrieben, sondern durchgängig auch im letzten Jahr 2016 und fortwährend.

Auch wenn Sie es vielleicht von einer Politikerin aus dem linken Spektrum nicht erwarten, aber Ja – diese Menschen haben mich wirklich stolz gemacht auf unser Land!

Es gab aber noch etwas neues, das ich bei dem Blick auf Deutschland zu entdecken meine.

Im Gespräch mit zutiefst verzweifelten Amerikanerinnen und Amerikanern nach der Wahl im November hörte ich u.a., dass diese Ihre Hoffnung jetzt ganz konkret auf Deutschland setzen, als Stabilitätsanker der Demokratie im Feuersturm der Rechtspopulisten.

Nach all den Jahrzehnten, in denen Deutsche ihre Hoffnung in Amerika gesetzt haben, setzen jetzt auf einmal Amerikaner ihre Hoffnung ausgerechnet auf uns?

Das ist in Anbetracht unserer Geschichte durchaus bemerkenswert.

Aus Hoffnung erwächst allerdings auch Verantwortung.

Und wenn ich jetzt sage Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen können Sie sich vielleicht denken, dass ich das etwas anders meine als die Verteidigungsministerin dieser Tage.

Statt fremde Armeen in aller Welt zu ertüchtigen, sollten wir lieber demokratische Zivilgesellschaften ertüchtigen und dabei mit unserer eigenen anfangen!

Wir sind jetzt alle hier in der Verantwortung in diesem kommenden Wahljahr den Populisten Einhalt zu gebieten und Rechtsstaat und Demokratie zu verteidigen.

Und zwar nicht nur gegen rechts außen, sondern auch gegen die innere Erosion.

Und Sie verzeihen mir, wenn ich das hier so deutlich sage: eine große Koalition tut unserer Demokratie wirklich nicht gut und ist eher geeignet die extremen Ränder weiter zu verstärken.

Das sehe ich nicht nur aus der Opposition heraus so. Viele Kollegen der beiden großen Fraktionen teilen diese Sicht bis hin zu Parlamentspräsidenten Lammert.

Es wäre deshalb fatal, wenn wir im September vor einem Wahlergebnis stünden, das schon rechnerisch nur noch eine einzige Koalition ermöglichen würde.

Was können wir aber unabhängig von Wahlen konkret tun, um unsere Demokratie zu stärken und krisenfest zu machen?

Diese Aufgabe kann nicht allein von politischen Vertreterinnen gelöst werde, dazu braucht es die ganze Breite der Zivilgesellschaft, von den Medien bis zu jedem Einzelnen von uns.

Da gilt es zunächst einmal uns der These vom angeblich „post-faktischen Zeitalter“ entgegen zu stellen.

Das tun wir selbstverständlich als erstes jeden Morgen, in dem wir zum Frühstück unsere Lokalzeitung lesen, um den Tag ohne Hate-Speech und Fake-News beginnen.

Darüber hinaus bin ich inzwischen froh zu den wenigen zu gehören, die zu keinem Zeitpunkt je einen Facebook- oder ein Twitter-Account besessen haben.

Ich befürchte nur, dass das alleine nicht ganz reichen wird, denn die Wirkung dieser Phänomene auf die politische Auseinandersetzung ist spätestens seit den US Wahlen nicht mehr leugnen.

Und trotzdem müssen wir auf dem Teppich bleiben, auf dem Teppich des demokratischen Rechtsstaates.

Einige überschlagen sich förmlich mit gut gemeinten Ideen. Da ist allen Ernstes eine Art „Wahrheitskommission“ im Gespräch, um Falschmeldungen zu begegnen.

Davor kann ich nur eindringlich warnen.

Mit der Wahrheit ist das so eine Sache.

Wenn die chinesische Regierung ihre umfassende Zensur rechtfertigt, dann tut sie das genau damit, dass Leute sonst Lügen verbreiten würden.

In einem Rechtsstaat ist es aber eben erlaubt zu Lügen bis sich die Balken biegen – solange ich keine Rechte anderer verletzte.

Nicht der Staat kann uns davor schützen anderen auf den Leim zu gehen, sondern einzig und allein der gesunde

Menschenverstand – und selbstverständlich das Lesen einer dem Presserecht unterliegenden Tageszeitung...

Schon ein alter germanischer Rechtssatz lautete: Trau schau wem!

Wer aber nicht nur lügt, sondern dabei die Rechte anderer verletzt, für den sieht das deutsche Recht bereits jetzt ausreichende Straftatbestände vor: von Beleidigung, Bedrohung über Verleumdung bis zur üblen Nachrede.

Davon klar zu trennen sind die derzeit unzureichenden Verfolgungsmöglichkeiten im Netz.

Da braucht es mehr Kapazitäten und verbindliche Regeln für die Plattformbetreiber, wenn es um die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden geht.

Mit dem Presserecht können wir gegenüber den Millionen Facebook-Nutzern jedenfalls kaum was anfangen.

Das bleibt das Qualitätsmerkmal journalistischer Produkte. Oder hat schon mal jemand von Ihnen versucht, eine Gegendarstellung in sozialen Netzwerken durchzusetzen?

Aus meiner Sicht ein sinnloses Unterfangen.

Mehr Aufklärung wäre sicher nicht das verkehrteste – oder ein Art Gütesiegel für die digitalen Medien.

Was auch immer, die Lösung liegt jedenfalls **nicht** in immer neuen Strafgesetzen.

Als Rechtspolitikerin tut es mir besonders weh, wenn ich erleben muss, dass im Wochen-Rhythmus Strafgesetze geändert werden, als ob unser Land dadurch auch nur im geringsten sicherer würde.

Strafrecht ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat, eigentlich Ultima Ratio, also das letzte Mittel. In der Realität sind neue Strafgesetze allerdings häufig das ultimative Mittel der Symbolpolitik. Sie kosten nichts, sie wirken nicht und simulieren aber erstmal Handlungsfähigkeit.

Am Ende wirken sie wie eine Droge, bei der man die Dosis immer weiter erhöhen muss, um die Simulationswirkung beizubehalten. Das kann nicht funktionieren. Einen solchen Wettlauf kann man nur verlieren.

Unser Land wird auch nicht sicherer, indem wir Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger beschneiden oder für immer mehr Überwachung sorgen. Im Gegenteil: wer die Freiheit beschränkt, um Sicherheit zu gewinnen wird am Ende beides verlieren.

Angst ist dabei immer ein schlechter Ratgeber.

Es ist das Markenzeichen des Populismus, Ängste und Emotionen zu instrumentalisieren und unseren freiheitlichen Rechtsstaat als lästigen Ballast abzuschreiben.

Zu diesem Zweck werden dann auch gern Fakten und Argumente negiert.

Wir selbst werden aber nicht auf Fakten und Argumente verzichten können – auch und gerade nicht in der Auseinandersetzung der kommenden Wahlkämpfe.

Dabei sollten wir als WahlkämpferInnen mehr denn je darauf achten, dass wir hart in der Sache aber fair im Umgang miteinander streiten.

Die Verteidigung der Demokratie kann allerdings nicht allein aus dem Parlament heraus gelingen.

Dazu braucht es eben auch die Zivilgesellschaft.

Ich habe daher zum Abschluss noch einen Wunsch: lassen Sie Ihre Kritik bzw. Ihren Unmut nicht pauschal gegenüber der Politik, oder denen da oben freien Lauf, sondern beziehen Sie Stellung für und innerhalb unserer Demokratie.

Am Ende ist es eben so, dass die Volksvertreterinnen und Volksvertreter nicht besser oder schlechter sind als das Volk das sie vertreten.

Und auch wenn die Demokratie fürchterlich anstrengend sein kann wurde doch noch kein besseres System erfunden.

Es steht einiges auf dem Spiel in diesem Jahr, aber gemeinsam können wir das schaffen!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen guten Start in ein friedliches neues Jahr 2017!

-ES GILT DAS GESPROCHENE WORT-